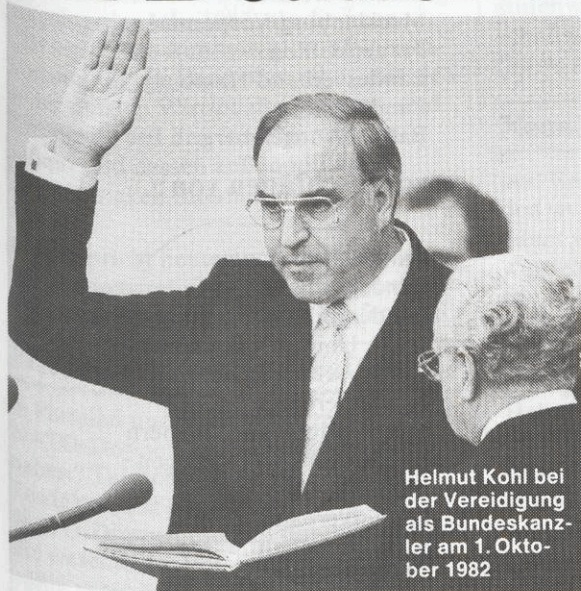


## 10 Jahre Verantwortung für Deutschland



Helmut Kohl bei  
der Vereidigung  
als Bundeskanzler  
am 1. Oktober  
1982

Anläßlich des zehnten Jahrestages der Wahl  
Helmut Kohls zum Bundeskanzler erklärte  
Generalsekretär Peter Hintze:

Am 1. Oktober 1992 sind es 10 Jahre her, daß Helmut Kohl von der Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages zum Bundeskanzler gewählt wurde. 10 Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl: Das sind 10 gute Jahre für Deutschland.

Was in diesem Jahrzehnt positiv verändert und für die Menschen in unserem Land erreicht werden konnte, ist wohl nur wenigen Mitbürgern umfassend

(Fortsetzung Seite 3)

### HEUTE AKTUELL

#### ● Extremismus

Helmut Kohl: Extremistische Gewalttäter unnachsichtig verfolgen.  
Seite 4

#### ● Thüringen

Helmut Kohl eröffnet Opel-Werk in Eisenach.  
Seite 6

#### ● Europa

CDU lehnt Neuverhandlung der Verträge von Maastricht ab.  
Seite 7

#### ● Landwirte

Endlich grünes Licht für Einkommenshilfe.  
Seite 17

#### ● Wohnen

Peter Hintze: Wohnraum muß bezahlbar bleiben.  
Seite 18

#### ● Gesundheitsreform

Volle Unterstützung für Seehofer-Konzept.  
Seite 22

#### ● EAK

Angela Merkel: Mit protestantischer Unruhe einmischen.  
Seite 24

#### ● Dokumentation

Regierungserklärung des Bundeskanzlers zur aktuellen Entwicklung in der Europapolitik.  
Grüner Teil

## Kandidaten für den Parteitag in Düsseldorf

Von den CDU-Landesverbänden und Vereinigungen sind bisher nachfolgende Kandidatenvorschläge für die Neuwahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden sowie des Präsidiums auf dem 3. Parteitag in Düsseldorf eingegangen:

### Vier stellvertretende Vorsitzende vorgeschlagen von:

Norbert Blüm

Landesverband

Heinz Eggert

Nordrhein-Westfalen

Angela Merkel

Landesverband Sachsen

Landesverband

Mecklenburg-Vorpommern

Frauen-Union

Volker Rühle

Landesverband Hamburg

Erwin Teufel

Landesverband

Baden-Württemberg

### Weitere 7 Mitglieder des Präsidiums

### vorgeschlagen von:

Sabine Bergmann-Pohl

Frauen-Union

Eberhard Diepgen

Landesverband Berlin

Heiner Geißler

Landesverband Rheinland-Pfalz

Hermann Gröhe

Junge Union Deutschlands

Manfred Kanther

Landesverband Hessen

Günther Krause

Landesverband

Mecklenburg-Vorpommern

Christine Lieberknecht

Landesverband Thüringen

Werner Münch

Frauen-Union

Landesverband

Sachsen-Anhalt

Rudolf Seiters

CDU Niedersachsen

Christa Thoben

Landesverband

Nordrhein-Westfalen

Frauen-Union

Klaus Töpfer

Landesverband Saar

**DAS NEUE CDU-EXTRA** u. a. mit einer Bilanz von 10 Jahren Bundeskanzler Helmut Kohl wird in diesen Tagen an die CDU-Kreisverbände ausgeliefert. Zusätzliche Bestellungen sind beim IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold, möglich.

Bestell-Nr.: 2543 · Verpackungseinheit: 250 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 22,50 DM

# 10 Jahre Verantwortung für Deutschland

(Fortsetzung von Seite 1)

bewußt. Die Flut tagesaktueller Meldungen gibt zu wenig den Blick frei auf die Leistungen dieser zehnjährigen Regierungsarbeit:

● Wer erinnert sich noch an die Ausgangslage im Jahr 1982, als die neue, CDU-geführte Bundesregierung Verantwortung für ein Land übernahm, das sich in der tiefsten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialkrise seit den fünfziger Jahren befand und dessen außenpolitische Zuverlässigkeit international angezweifelt wurde?

● Wer spricht heute noch von den zahllosen Demonstrationen, die die sogenannte Friedensbewegung und ihre Helfershelfer

## Frieden mit weniger Waffen

in Parteien und Verbänden gegen den NATO-Doppelbeschluß organisiert haben? Tatsache ist, daß die unbeirrte Festigkeit, mit der Helmut Kohl den NATO-Doppelbeschluß durchgesetzt hat, die wesentliche Voraussetzung für eine völlig veränderte sowjetische Politik, die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes, die Wiedererlangung der Einheit und die historischen Veränderungen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa war.

● „Frieden schaffen mit weniger Waffen“: Mit diesem Motto war die Regierung Helmut Kohl angetreten. Wer hätte damals geglaubt, daß heute alle nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa vernichtet, alle chemischen Waffen aus Deutschland abgezogen und die atomaren Waffen der NATO um 80 Prozent reduziert werden?

● Während die Sozialdemokraten zehn Jahre hindurch kein tragfähiges Alternativ-Konzept vorlegen konnten, hat die Regierung Helmut Kohl Sozialgeschichte geschrieben: Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld wurden eingeführt und stufenweise verbessert; der längste Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit führte zu kräftig gestiegenen Einkommen

## Neue Arbeitsplätze

und Renten; in einer Zeit des tiefgreifenden technologischen Wandels und der damit verbundenen Anpassungsprobleme wurden weit über drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Es ist modisch, heute über die „finanziellen Lasten der Einheit“ zu lamentieren; aber wer spricht darüber, daß die Regierung Helmut Kohl auch für die größte Steuerentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland steht?

● Wer hat sich eigentlich einmal der Mühe unterzogen, die Umweltpolitik des Jahres 1982 mit den deutschen Umweltschutzstandards von 1992 zu vergleichen? Wer weiß heute, daß 1982 noch kein einziges Auto in Deutschland mit geregelter Drei-Wege-Katalysator fuhr — obwohl die Technik in den USA und Japan längst zur Verfügung stand? Wenn heute 84 Prozent des bei uns verkauften Benzins bleifrei ist, wer verbindet damit die Erinnerung, daß vor zehn Jahren bleifreies Benzin noch gar nicht auf dem deutschen Markt war? Verpackungsverordnung, FCKW-Verbot, Altölverordnung, Verbot der Dünnsäure-Verklappung, Luftreinhaltung, Lärmschutz: all das sind Stich-

Helmut Kohl:

## Extremistische Gewalttäter unnachsichtig verfolgen

**Zu dem Brand im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen und zu den fortgesetzten Angriffen auf Asylbewerberheime erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl:**

Der Brand in der „Jüdischen Baracke“ des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen muß jeden aufrütteln, dem unsere freiheitliche Demokratie am Herzen liegt. Diese Brandstiftung und die immer wieder aufflammende Gewalt gegen Asylbewerber in Deutschland sind Formen des Terrors, die den Gewalttätigkeiten linksextremistischer Mörderbanden in nichts nachstehen. Sie müssen jeden Deutschen alarmieren.

Die allermeisten Deutschen wissen, daß unsere Demokratie in der Lage sein muß, sich ihrer Feinde zu erwehren. In meiner Botschaft zum jüdischen Neujahrsfest habe ich unter anderem erklärt, daß Rechts- und Linksextremisten es darauf anlegen,

bei den Bürgerinnen und Bürgern Zweifel an der Handlungsfähigkeit des Staates zu säen. Wir werden von Anfang an allen entgegentreten, die unsere Demokratie in eine Zerreißprobe zwischen den Extremen von rechts und links treiben wollen. Dies ist die wichtigste Lehre, die wir aus dem Scheitern der Weimarer Republik immer wieder ziehen müssen.

Extremistische Gewalttäter können nur dadurch abgeschreckt werden, daß sie unnachsichtig verfolgt werden und die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen. Sie werden sich nur dann von der völligen Aussichtslosigkeit ihres schlimmen Tuns überzeugen lassen, wenn sie auf die geschlossene und unmißverständliche Ablehnung aller Bürgerinnen und Bürger treffen. Der Rechtsstaat darf nicht aus falsch verstandener Liberalität heraus daran gehindert werden, politisch motivierten Terroristen die Zähne zu zeigen.

worte, die erst in der Regierungszeit von Helmut Kohl ins öffentliche Bewußtsein kamen, weil eine konsequente Politik zum Schutz der Umwelt gemacht wurde. ● Und schließlich: Sowohl die deutsche Einheit wie auch der europäische Einigungsprozeß sind und bleiben eng mit dem Namen von Helmut Kohl verbunden. Vor zehn Jahren hatten weite Teile der SPD das Ziel der deutschen Einheit längst aufgegeben. Helmut Kohl hat mit seinem 10-Punkte-Plan am 28. November 1989 den Weg zur Einheit gewiesen, die

politischen Voraussetzungen mit unseren Freunden und Partnern in der Welt geklärt und die deutsche Einheit herbeigeführt. Ihre innere Vollendung bleibt vordringlichste Aufgabe unserer Politik. Daneben ist die europäische Einigung unsere Zukunftsaufgabe. Wer hätte damals geglaubt, daß sich zwölf europäische Regierungschefs auf ein Vertragswerk wie das von Maastricht einigen könnten? Helmut Kohl ist Kanzler der deutschen Einheit und Gestalter des europäischen Fortschritts.

# Die Spirale der Gewalt durchbrechen

**Zur starken Zunahme der Gewaltkriminalität in der Bundesrepublik Deutschland erklärte der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster:**

Der innere Frieden unseres Landes ist ernsthaft gefährdet. Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung und zur Durchsetzung krimineller Ziele droht zur Dauererscheinung zu werden, wenn sich Staat und Bürger dieser Herausforderung nicht stellen.

Wir müssen die Spirale der Gewalt mit den Mitteln des Rechtsstaates durchbrechen. Mit neuen Paragraphen im Strafrecht und mehr Polizisten ist es aber alleine nicht getan.

Die applaudierende Menge, die randalierenden Chaoten vor polizeilichem Zugriff Schutz bietet, oder etwa das in Mode gekommene gezielte Wegsehen von Zeugen bei Gewalttaten in der Öffentlichkeit sind Niederlagen des Rechtsstaates, die die Arbeit unserer Polizei erschweren und Gewalttäter zu noch größerer Brutalität ermuntern. Wir brauchen eine Trendwende des Bürgerverhaltens gegenüber allen Erscheinungsformen krimineller Gewalt.

Gleichzeitig müssen wir durch weitere Rechtsverbesserungen dafür sorgen, daß Gewalttäter schnell, wirksam und konsequent zur Rechenschaft gezogen und an der Begehung weiterer Straftaten gehindert werden.

Folgende Sofortmaßnahmen sind notwendig:

● **Verschärfung der Strafen für Gewalttaten aller Art**

Das Strafmaß bei Gewaltdelikten ist im Vergleich zu anderen Straftaten zu

niedrig. Die Höchststrafen für schwere Körperverletzung, das heißt für Gewaltanwendung, die zu einem schwerwiegenden dauernden Körperschaden beim Opfer führt, oder die Mißhandlung Schutzbefohlener, zum Beispiel Kinder, beträgt 5 Jahre — nicht mehr als beim einfachen Diebstahl. Die Mindest- und Höchststrafen für Gewaltdelikte, vom Widerstand gegen die Staatsgewalt, dem Landfriedensbruch bis hin zu Körperverletzung und Raub müssen daher angehoben werden.

● **Strafbarkeit für Unterstützer von Gewalttätern bei Demonstrationen**

Wer sich trotz ausdrücklicher Aufforderung der Polizei nicht aus einer Menschenmenge entfernt, aus der Gewalttaten begangen werden und damit weiterer Gewaltanwendung Vorschub leistet, muß wegen Landfriedensbruchs bestraft werden können.

● **Sicherungshaft für gewalttätige Demonstranten**

Gewalttätige Demonstranten müssen nach ihrer Festnahme vorläufig in Sicherungshaft genommen werden können. Es muß verhindert werden, daß Gewalttäter sofort nach ihrer Personalfeststellung wieder freigelassen werden und gleich weiter prügeln und randalieren.

● **Befristete und räumlich begrenzte Demonstrationsverbote betr. Angriffsobjekte von Gewalttätern**

Um gewalttätige Krawalle schon im Vorfeld verhindern zu können, braucht die Polizei die Befugnis, die Zielobjekte gewalttätiger Ausschreitungen durch ein Demonstrationsverbot unter ihren Schutz zu stellen. Bisher besteht nur die Möglichkeit, nicht angemeldete gewalttätige Demonstrationen aufzulösen. Dann kann es aber schon zu spät sein. ■

# Helmut Kohl eröffnet Opel-Werk in Eisenach

**Bundeskanzler Helmut Kohl hat am 23. September das neue Werk der Opel Eisenach GmbH in Stedtfeld eröffnet. Es zählt zu den modernsten Autowerken in Europa.**

Bis Ende 1993 sollen dort im Dreischicht-Betrieb 2.000 Beschäftigte nach den Grundsätzen der schlanken Produktion und der Gruppenarbeit 150.000 Autos im Jahr fertigen. Weitere 1.000

Arbeitsplätze werden bei Zulieferern in der Region entstehen. Für ein Fahrzeug rechnet Opel in Eisenach mit einer Produktionszeit von 20 Stunden (europäischer Durchschnitt: 36 Stunden).

Der Kanzler regte eine Initiative von Bundesregierung und Bundesrat an, die Rechts- und Verwaltungsvorschriften für Ost- und Westdeutschland zu vereinfachen.

## Kommentare

### Eisenach als Signal

*In der ehemaligen DDR, deren Führung nicht müde wurde, ihren Herrschaftsbereich in die Hitliste der weltgrößten Industriestandorte hineinzurechnen, fertigten im VEB Automobilwerk Eisenach 10.000 Beschäftigte 70.000 „Wartburg“-Autos pro Jahr. Von 1994 an werden dort in der neuen Fabrik 150.000 Opel vom Band rollen — bei einer Belegschaft von nur 2.000 Mitarbeitern. Diese Zahlen und der sich dahinter verbergende Vorgang sind exemplarisch für das, was ökonomisch zu geschehen hat: Sanierung total abgewirtschafteter Produktionen bis in die Kernbereiche hinein. Rheinische Post*

### Insel der Hoffnung

*In Eisenach hat Bundeskanzler Helmut Kohl eines der großen Investitionsvorhaben in den neuen Bundesländern eingeweiht. Es ist ein deutliches Zeichen dafür, daß etwas geschieht in Ostdeutschland. Die Männer bei Opel können stolz sein. Nach nicht einmal zwanzig Monaten steht ein neues modernes*

*Automobilwerk. ... Opel hat in Eisenach frei von festgefahrenen Strukturen einen Musterbetrieb des Automobilbaus mit der Fertigungsorganisation von morgen errichten können. Für den Konzern ist Eisenach ein Prestige-Objekt, für die Menschen in Ostdeutschland eine Insel der Hoffnung.*

**Frankfurter Allgemeine Zeitung**

### Die täglichen Widersprüche im Einigungsprozeß

*Wir nehmen die Schwierigkeiten eher wahr als die Erfolge: In Thüringen ist soeben die traditionsreiche Schokoladenindustrie wiederbegründet worden und das modernste Autowerk Europas angelaufen. Der Tourismus, der mehr Menschen beschäftigt als jeweils Landwirtschaft und Stahlindustrie, könnte nach den Bilanzen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zum ersten Musterschüler der Marktwirtschaft werden. Ein Teil unserer Schwierigkeiten rührt von einer eingeschränkten Wahrnehmungsfähigkeit her. Hört man ausländische Politiker, merkt man sofort, daß zu viele Deutsche sich schlechter fühlen, als es ihnen in Wirklichkeit geht.*

**General-Anzeiger, Bonn**

# CDU lehnt Neuverhandlung der Verträge von Maastricht ab

Der Bundesfachausschuß Europapolitik der CDU sieht in dem von Bundeskanzler Helmut Kohl angeregten Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der EG eine Chance, die richtigen Konsequenzen aus den heftigen Debatten der letzten Monate über die Verträge von Maastricht zu ziehen. Dazu erklärt der Vorsitzende des Ausschusses, Bernhard Sälzer, MdEP:

● Der Bundesfachausschuß lehnt eine Neuverhandlung der Verträge von Maastricht ab. Er befürwortet lediglich ergänzende inhaltliche Präzisierungen. Nur die radikalen Gegner einer europäischen Einigung wollen Maastricht grundsätzlich nicht. Der großen Mehrzahl der Kritiker geht es lediglich um die Frage, wie die Verträge von Maastricht konkret mit Leben gefüllt und umgesetzt werden. Diese Weiterentwicklung liegt im Sinne der Maastrichter Verträge.

● Der Sondergipfel am 16. Oktober sollte vor allen Dingen eine Weiterentwicklung der Maastrichter Verträge dort vornehmen, wo sich Kritiker und Befürworter einig sind. Daher erklärt der Bundesfachausschuß Europapolitik:

▶ Die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion dürfen zeitlich nicht entkoppelt werden.

▶ Der Gefahr eines Brüsseler Zentralismus und einer Überbürokratisierung kann am erfolgreichsten durch eine angemessene parlamentarische Kontrolle entgegengesteuert werden.

▶ Gerade die Debatte zum französischen Referendum hat deutlich gemacht, daß die Bürgerinnen und Bürger in Europa kein technokratisches, sondern ein demokratisches Europa wollen. Nur durch

einen Abbau des Demokratiedefizits in der EG kann dem Bürgerwillen Rechnung getragen werden. Der Sondergipfel muß die Mitwirkungsmöglichkeit der europäischen Bürgerinnen und Bürger ermöglichen.

▶ Es ist präziser zu vereinbaren, welche Angelegenheiten auf EG-Ebene entschieden werden und welche Fragen in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten bleiben. Gerade hierdurch kann Dänemark die Brücke gebaut werden, über die der Wiederanschluß an die restlichen EG-Partner durch eine erneute dänische Volksabstimmung gesichert wird.

▶ Zum Abbau des Demokratiedefizits gehört auch eine stärkere Orientierung der Abgeordnetenzahl an der Einwohnerzahl des jeweiligen Landes. Das wiedervereinigte Deutschland muß künftig 99 statt bisher 81 Abgeordnete in das Europäische Parlament wählen können.

Bis jetzt war die unzureichende Information eines der großen Probleme. Die Maastrichter Verträge müssen deshalb bekannter gemacht werden. Dies würde zu einer Versachlichung der Diskussion führen.

Die am 8. Oktober 1992 beginnende Ratifizierungsdebatte im Deutschen Bundestag kann hier Abhilfe schaffen. Sie wird begleitet von einer Informationskampagne der CDU unter der Überschrift: „Wir machen uns stark für Europa“. Der Europatag des Bundesparteitages am 27. 10. 1992 in Düsseldorf wird einen entscheidenden Beitrag zur Willensbildung in der CDU leisten, ebenso wie die Veranstaltungen der Gliederungen der Union und der Deutschlandtag der Jungen Union in Saarlouis. ■

# Asyldiskussion auf gutem Weg

**Das Grundgesetz wird mit hoher Wahrscheinlichkeit noch in diesem Jahr geändert. Es geht nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie. Auch die SPD wird auf ihrem Sonderparteitag im November eine positive Entscheidung fällen müssen. Ein Nein der SPD käme einem politischen Selbstmord gleich.**

In den Parteien setzt sich die Erkenntnis durch, daß — angesichts eines Zustroms von bis zu 500.000 Asylbewerbern allein in diesem Jahr — das individuelle Grundrecht auf Asyl aufgegeben werden muß. Wir müssen es durch eine institutionelle Garantie ersetzen, die den wirklich politisch Verfolgten weiterhin in Deutschland Zuflucht gewährt, der großen Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge jedoch von vorne herein den Zutritt verwehrt.

Wer an der Grenze als offensichtlich nicht verfolgter abgewiesen wird, aber gleichwohl einen Anspruch auf Asyl geltend machen will, muß dies von seinem Heimatland aus tun. CDU/CSU und FDP sind — was diesen Punkt betrifft — in ihrer Meinungsbildung weiter als die SPD.

Durch eine rechtlich wasserdichte

Lösung, die keine neuen Schlupflöcher eröffnet, wird Deutschland in der Asylpolitik europäisch handlungsfähig. Nach dem „Ja“ der Franzosen zum europäischen Vertrag von Maastricht ist dies besonders wichtig. Unsere Nachbarn haben den europäischen Zug nicht auf Abstellgleis rangiert.

**Jürgen Rüttgers**, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Unsere neue Asylpolitik wird den Rechtsradikalen den Wind aus den Segeln nehmen. Das dient dem inneren Frieden in Deutschland und dem Ansehen unseres Landes in der Welt.

Die Diskussion über ein neues Asylrecht ist auf einem guten Weg. Es ist das gemeinsame Interesse aller Demokraten, so schnell wie möglich eine überzeugende Lösung herbeizuführen. CDU/CSU sind dazu bereit. Einen entsprechenden Antrag haben wir letzte Woche in den Innenausschuß des Deutschen Bundestages eingebracht.

Die Expertengespräche mit der SPD haben inzwischen begonnen. Noch im Oktober stimmen wir in namentlichen Abstimmungen über einen Entschließungsantrag im Deutschen Bundestag ab.

## Amnesty international irrt oder will irre machen

Zur Feststellung von „amnesty international“, die gegenwärtigen Vorschläge zur Änderung von Art. 16 GG würden gegen die Prinzipien des internationalen Asylrechts verstoßen, erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Johannes Gerster: Alle EG-Staaten außer Deutschland, auch Österreich, die Schweiz und die skandinavischen Staaten, gründen das Asylrecht auf die Genfer Flüchtlingskonvention und nicht auf ein eigenes Verfassungsgrundrecht. Wenn wir Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG streichen und durch die Genfer Flüchtlingskonvention ersetzen, kann das kein Verstoß gegen das internationale Asylrecht bedeuten.



# Rückübernahmeabkommen mit Rumänien am 1. November in Kraft

**Bundesinnenminister Rudolf Seiters und sein rumänischer Amtskollege Victor Babiuc haben am 24. September in Bukarest eine Vereinbarung über die Rückübernahme von deutschen und rumänischen Staatsangehörigen unterzeichnet, die am 1. November 1992 in Kraft treten soll.**

Die Vereinbarung sieht die formlose Rückübernahme der jeweils eigenen Staatsangehörigen vor, die sich illegal auf dem Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei aufhalten.

Hierzu erklärte Bundesinnenminister Rudolf Seiters: Der Vertragsabschluß ist ein großer Erfolg in meinen Bemühungen, abgelehnte Asylbewerber rasch in ihr Herkunftsland zurückzuführen. Immer mehr Asylbewerber behaupten, keine gültigen Ausweisdokumente zu besitzen. Auf diese Schutzbehauptung berufen sich inzwischen etwa 70 Prozent aller Asylbewerber. Wesentlicher Vorteil der Vereinbarung ist deshalb, daß die Rückübernahme auch ohne gültige Ausweisdokumente möglich ist. In diesem Fall reicht es aus, daß die Staatsangehörigkeit des auszuweisenden Ausländers glaubhaft gemacht wird.

Die Vereinbarung ist ein bedeutender Schritt beider Länder zu einer wirkungsvollen Eindämmung der illegalen Einwanderung. Vor allem verspreche ich mir einen Abschreckungseffekt auf Schleuser und dadurch auch eine erhebliche Reduzierung der Zahl der illegal eingereisten Rumänen.

Rumänien zählt zu den Hauptherkunftsländern von Asylbewerbern. Seit 1989 sind folgende Zugangszahlen rumänischer Asylantragsteller festzustellen:

1989: 3.121  
= 2,6 Prozent der Gesamtzahlen  
1990: 35.345  
= 18,3 Prozent der Gesamtzahlen  
1991: 40.504  
= 15,0 Prozent der Gesamtzahlen)  
1992 Januar-August: 57.446  
= 21,0 Prozent der Gesamtzahlen

Die Zahlen zeigen eine steigende Tendenz bei den Asylbewerbern aus Rumänien. Demgegenüber liegt die Anerkennungsquote derzeit nur bei 0,2 Prozent.

Auch die illegale Einreise rumänischer Staatsangehöriger ist im Jahre 1992 stark angestiegen. Von den im ersten Halbjahr

**Neben der nunmehr abgeschlossenen Vereinbarung mit Rumänien laufen Verhandlungen mit der ČSFR über ein entsprechendes bilaterales Rückübernahme-Abkommen.**

1992 wegen illegaler Einreise an den Grenzen — vorwiegend zu Polen und zur ČSFR — aufgegriffenen rund 18.000 Ausländern wurden allein 10.351 Rumänen zurückgewiesen. Das sind fast 200 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die enorme Steigerung dieser Aufgriffszahlen ist auch Ausdruck effektiverer polizeilicher Einsatz- und Überwachungsmaßnahmen. Die Aufgriffsbilanz belegt deshalb, daß die grenzpolizeilichen Maßnahmen wirksam sind.

Seiters: Ich bin zuversichtlich, daß die Vereinbarung auch eine Signalwirkung

## Ein wichtiger Fortschritt zur Beseitigung des Asylmißbrauchs

**Zu der Unterzeichnung der deutsch-rumänischen Vereinbarung über die Rücknahme von rumänischen Staatsangehörigen ohne Ausweispapiere erklärte der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Johannes Gerster:**

Ich begrüße dieses Abkommen sehr. Es stellt einen großen Erfolg für Bundesminister Seiters und die Bundesregierung im Kampf gegen den Asylmißbrauch dar.

### Ohne Ausweispapiere

Allein dieses Jahr haben mehr als 57.000 Menschen aus Rumänien einen Asylantrag gestellt. Dies ist fast jeder 5. Asylbewerber. Die Anerkennungsquote tendiert aber gegen 0 Prozent. In den meisten Fällen scheiterte die Abschiebung bisher daran, daß die Asylbewerber vorgaben, ohne Ausweispapiere zu sein.

Nunmehr hat sich Rumänien verpflichtet, diese zurückzunehmen,

wenn glaubhaft gemacht werden kann, daß es sich um rumänische Staatsangehörige handelt.

### Konsequent abschieben

Bis zu 80 Prozent der Asylbewerber werden von organisierten Banden in die Bundesrepublik geschleust. Ich hoffe, daß die konsequente Anwendung der Vereinbarung dazu beiträgt, diesen Schleppern das Handwerk zu legen. Wenn sich herumspricht, daß künftig konsequent abgeschoben wird, werden auch die Menschen in den Herkunftsländern den Schlepperbanden immer weniger auf den Leim gehen.

Voraussetzung dafür ist aber, daß die Möglichkeiten dieser Vereinbarung auch genutzt werden. Ich appelliere deshalb an die Bundesländer, konsequenter als bisher abzuschieben. Es darf nicht länger sein, daß nur ein Bruchteil der abgelehnten Asylbewerber tatsächlich abgeschoben wird.

auf die übrigen Länder der Europäischen Gemeinschaft haben wird, zumal unser Nachbarland Österreich bereits gute Erfahrungen mit einem bereits bestehenden entsprechenden rumänisch-österreichischen Rück-Übernahmeabkommen aus dem Jahre 1990 gemacht hat. Die west- und mitteleuropäischen Staaten sehen sich einem ständig steigenden Zuwanderungsdruck aus Südost- und Osteuropa ausgesetzt. Daraus folgt, daß die europäischen Staaten nur gemeinsam das Problem der illegalen Zuwanderung lösen können.

Die Bundesregierung bemüht sich auf zweierlei Ebenen um den Abschluß von Rückübernahmeabkommen. Neben der nunmehr abgeschlossenen Vereinbarung mit Rumänien laufen Verhandlungen mit der ČSFR über ein entsprechendes bilaterales Abkommen. Auf der multilateralen Ebene haben die Schengener Vertragsstaaten das Ziel, in das mehrseitige Übereinkommen, das sie mit Polen geschlossen haben, weitere Staaten einzubeziehen. Zu Gesprächen darüber sollen vor allem Österreich und die Schweiz, aber auch Rumänien, eingeladen werden. ■

# Osthandel durch Tauschgeschäfte

**Der nahezu vollständige Zusammenbruch der traditionellen Lieferbeziehungen zu den GUS-Staaten stellt die Altbetriebe der früheren DDR vor schwer lösbare Probleme. Marktwirtschaft braucht Märkte.**

**Matthias Wissmann**, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Angesichts der rasanten Talfahrt der osteuropäischen Volkswirtschaften benötigen wir eine Bestandsaufnahme der Liefer- bzw. Handelsbeziehungen zwischen ostdeutschen Betrieben und GUS-Staaten, die überhaupt noch realisierbar sind.

Hierbei dürfte es sich vornehmlich um die Bereiche landwirtschaftliche Maschinen und Ersatzteile sowie Lieferungen des Schiffs- und Waggonbaus handeln. Für diese Unternehmen muß ein außenwirtschaftliches Instrumentarium entwickelt werden, welches die Ausfuhr Risiken absichert.

Grundlage dieses Instrumentariums sollte — auch aus finanz- und haushaltspolitischen Gründen — stärker als bisher der

Tauschhandel mit solchen Gütern sein, die in Ostdeutschland und den GUS-Republiken produziert werden können. Dieser Warenaustausch könnte mit Unterstützung des Bundes von der deutschen Wirtschaft in Form sog. Clearingstellen übernommen und bi- oder multilateral abgewickelt werden.

Die Bundesregierung sollte diese privatwirtschaftlichen Clearingstellen politisch unterstützen und die dann verbleibenden finanziellen Abdeckungsrisiken übernehmen. Bei dieser Form von Tauschgeschäften sind die Risiken wesentlich geringer als im Rahmen einer Exportversicherung wie Hermes, da immer nur eine Residualgröße als Risiko verbleibt.

Da die ostdeutschen Unternehmen nur über geringe Erfahrungen im Außenhandel verfügen, sollte zusätzlich zu den Clearingstellen den Unternehmen qualifizierte Beratung angeboten werden. Dies könnte in Zusammenarbeit mit dem Bund durch die großen Handelshäuser erfolgen, die über eine lange Erfahrung im Außenhandel verfügen.

## Neuer Monatsbeitrag für Altershilfe in der Landwirtschaft

**Die Bundesregierung hat am 23. September der Verordnung über den Beitrag in der Altershilfe für Landwirte im Jahre 1993 zugestimmt.**

Darin wird der Monatsbeitrag, der im laufenden Jahr 269 DM beträgt, für das kommende Jahr auf 281 DM festgelegt.

Gleichzeitig sieht eine Verordnung des Bundesarbeitsministers vor, den Beitragszuschuß des Bundes von zur Zeit monatlich zwischen 58 und 243 DM auf monatlich

zwischen 180 und 253 DM anzuheben.

Damit ergibt sich vor allem für die kleineren landwirtschaftlichen Betriebe eine erheblich geringere Belastung für die Altershilfe. Von den Beitragszuschüssen werden rund 195.000 Betriebe begünstigt. Sie zahlen 1993 je nach Einkommenssituation einen Monatsbeitrag zwischen 28 und 101 DM. Die Mittel für den Zuschuß betragen 562 Millionen DM und werden allein vom Bund getragen.

# Mit dem Maastrichter Vertrag die europäische Sozialpolitik verwirklichen

**Mit dem Maastrichter Vertrag wird die Sozialpolitik zu einem zentralen Bestandteil der EG-Politik, hat der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Bernhard Sälzer, in Brüssel erklärt. Auch aus diesem Grunde sei das Ergebnis des französischen Referendums, das nun den Weg für die weitere Ratifizierung des Vertrages freimache, so bedeutend für die europäischen Bürgerinnen und Bürger.**

Der Vertrag enthalte das notwendige Instrumentarium, um eine europäische Sozialpolitik zu verwirklichen, allerdings müsse diese sich sehr eng an klaren Leitlinien orientieren.

Dazu gehöre **erstens** die Anwendung des Subsidiaritätsprinzip, also die Rechtfertigung jeder sozialpolitischen Maßnahme, die auf EG-Ebene statt auf nationaler Ebene durchgeführt werden soll. **Zweitens** gelte es die Konvergenz, nicht die Identität der Sozial- und Arbeitsrechtssysteme der Mitgliedstaaten zu fördern. Struktur- und Kohäsionsfond sollen dabei helfen, die Wirtschaftskraft der weniger entwickelten Mitgliedstaaten zu fördern.

**Drittens** müssen die Sozialsysteme weiterhin auf die jeweiligen staatlichen Territo-

rien der Mitgliedstaaten bezogen und der „Export“ von Sozialleistungen auf bestimmte klar zu regelnde Einzelfälle beschränkt bleiben. Die nationalen Sozialsysteme dürften nicht zu einem Vehikel der Umverteilung in der Gemeinschaft werden.

**Viertens** erlaube die Beachtung von Mindeststandards, soziales Niveau und Wirtschaftskraft in Einklang zu halten. Mindeststandards dienen nicht dazu, die „ärmeren“ Staaten zu überfordern, sondern ermöglichen vielmehr den Mitgliedstaaten, ihr bereits erreichtes Niveau beizubehalten.

Die Bundesregierung hat einen Neun-Punkte-Katalog für soziale Mindeststandards in die Diskussion eingebracht, der gemeinsam mit BDA, DGB und DAG ausgearbeitet wurde. Dies könne ein gutes Beispiel für ein pragmatisches Vorgehen der Sozialpartner auch auf europäischer Ebene sein. Schließlich müsse jetzt unverzüglich das sozialpolitische Aktionsprogramm der Gemeinschaft, das die Verwirklichung des Binnenmarktes flankiere, umgesetzt werden.

„Eine Politische Union, ein großer europäischer Binnenmarkt, der seine Grundlage in der sozialen Marktwirtschaft hat, bleibe ohne die soziale Dimension unvollständig“, sagte Sälzer in Brüssel. ■

## Altglas-Container generell auch in Wohngebieten zulässig

Das Aufstellen von Altglas-Containern ist auch in Wohngebieten zulässig, solange die zuständige Gemeinde dabei den Lärmschutz für die unmittelbaren Anlieger berücksichtigt. Dies hat das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster entschieden. In einem Grundsatzurteil wiesen die Richter die Klage eines Düsseldorfer Ehepaares ab, das sich gegen einen solchen Container gewehrt hatte.

(AZ: 7 A 2237/91)

# Mehr Umweltschutz durch Verkürzung der Genehmigungsverfahren

**In der Debatte des Deutschen Bundestages am 24. September zum Antrag der Koalitionsfraktionen „Mehr Umweltschutz durch Beschleunigung von Zulassungs- und Genehmigungsverfahren“ erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulrich Klinkert:**

Die deutsche Wirtschaft schafft es, in Rekordzeit Anlagen, ganze Fabriken oder Städte zu errichten. Im Gegensatz hierzu ist die deutsche Bürokratie Weltmeister bei der Länge der Genehmigungs- und Zulassungsverfahren. Oft wird behauptet, aus Umweltschutzgründen wären diese langen Verfahren notwendig. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall — wir produzieren weiter Umweltschmutz, weil wir Monate, oft Jahre brauchen, um Anlagen für den Umweltschutz genehmigt zu bekommen.

Nach einer Analyse des Bundesministers für Wirtschaft vom 15. September 1992 verzögern bürokratische und langwierige Prüfungs- und Genehmigungsverfahren Investitionen und schrecken vor allem ausländische Investoren ab. Für den Bau etwa einer chemischen Anlage wird die Genehmigungsdauer in Belgien mit 13 Monaten, in Japan mit 20 Monaten und in Deutschland mit bis zu 70 Monaten angegeben.

Ein bedeutendes deutsches Chemieunternehmen hat wegen des zu langen Genehmigungsverfahrens seine Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in die USA verlagert. Bei einem anderen Chemieunternehmen kann eine fertiggestellte Neuanlage zur Gewinnung von Insulin wegen der fehlenden Betriebsgenehmigung jahrelang nicht betrieben werden. Als

schließlich die Genehmigung erteilt wurde, war die Anlage bereits veraltet. In Ludwigshafen liegt die Herstellung des Krebsmittels TNF auf Eis, weil die Umwandlung des Gentechnikums in eine Produktionsanlage genehmigungsrechtlich nicht vorankommt.

Selbst bei umweltschutzhöhernden Maßnahmen hat das bei uns gültige Planungs- und Umweltrecht dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik Deutschland mit der Dauer der Genehmigungs- und Zulassungsverfahren im internatio-

**Wir sind mittlerweile an einem Punkt angelangt, wo die umweltrechtlichen Genehmigungsverfahren ein Mehr an Umweltschutz verhindern.**

nenal Vergleich an der Spitze liegt. Während in Deutschland mit 6 bis 22 Monaten Verfahrensdauer gerechnet werden muß, kommt Frankreich mit 4 bis 7 Monaten, die Niederlande mit 7 Monaten, Italien mit 3 bis 6 Monaten und kommen die USA mit 2 bis 4 Monaten aus. Dadurch kommen modernste Umwelttechniken oft erst mit erheblicher Verzögerung zum Einsatz.

Wir sind mittlerweile an einem Punkt angelangt, wo sich die umweltrechtlichen Genehmigungs- und Zulassungsverfahren als kontraproduktiv erweisen, indem sie ein Mehr an Umweltschutz verhindern. Alle Erfahrungen zeigen, daß für die Firmen nicht der hohe deutsche Umweltschutzstandard abschreckend wirkt, sondern die Länge der Genehmigungsverfah-

## Aus der Arbeit der KAS

Veranstaltung Nr. 272:

### Kommunale Selbstverwaltung in Deutschland – Zukunftsaufgaben für Planen und Bauen

Fachtagung für Bürgermeisterinnen  
und Bürgermeister

25. bis 28. Oktober 1992

Hauptthemen:

- Landschaftsgesetz
- Flächennutzungsplan als Steuerungsinstrument
- Bebauungsplan

- Optimierung kommunaler Hoch- und Tiefbauplanungen
  - Kostenexplosion
  - Ausstattungsstandards
  - Bauämter in den neuen Bundesländern — Das Beispiel Brandenburg
- Die Veranstaltung findet in Schloß Eichholz bei Bonn statt.

Anmeldungen/weitere Informationen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**  
**Bildungszentrum**  
**Schloß Eichholz**  
**Postfach 1331**  
**W-5047 Wesseling**

ren. Vorausschauende Unternehmen haben längst erkannt, daß es nicht lohnt, die Produktion wegen unserer anspruchsvollen Umweltschutzanforderungen ins Ausland zu verlagern. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die gleichen Anforderungen auch an den nichtdeutschen Standorten gelten. Hierfür sorgen der EG-Binnenmarkt und das in allen Ländern gestiegene Umweltbewußtsein. Standorte mit schlechter Umweltqualität sind für moderne imagebewußte Unternehmen nicht attraktiv. Hingegen ist die Länge der Genehmigungsverfahren von entscheidender unternehmerischer Bedeutung für den Kampf um Märkte.

### Vorsprung halten

Wettbewerbsvorsprünge lassen sich nur halten, wenn die wirtschaftliche Verwertung einer Innovation schnellstmöglich verwirklicht und die Umstrukturierung der Produktion rasch abgeschlossen werden kann. Wer jahrelang auf eine Genehmigung warten muß, hat keine Chance mehr auf den Weltmärkten.

Um es ganz klar zu sagen, Verkürzung der Genehmigungsverfahren bedeutet nicht einen Abbau an Umweltschutz, sondern ein Mehr. Dies wird insbesondere deutlich am Beispiel der neuen Länder, bei denen jede neue Anlage mit einer moderneren verbesserten Umwelttechnik zu einer Entlastung der Umwelt führt.

### Nur ein erster Ansatz

Die in unserem Antrag angesprochenen Maßnahmen sind nur ein erster Ansatz, d. h. gewissermaßen ein Sofortprogramm. Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen ist das Thema für uns noch nicht erledigt. Wir sind fest entschlossen, alle Möglichkeiten zur Beschleunigung der Genehmigungs- und Zulassungsverfahren auszuschöpfen. Dies wird voraussetzen, daß auch ein Umdenken in den Verwaltungen einsetzt. Eine Verfahrensbeschleunigung ist überlebensnotwendig für die Umwelt und die Wirtschaft der neuen Bundesländer, aber sie ist auch in hohem Maß zukunftsentscheidend für den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt.

# Rauschgifttests für Autofahrer

**Angesichts der hohen Dunkelziffer bei Verkehrsunfällen, die sich unter Rauschgifteinwirkung ereignen, hat der Leiter des Gesprächskreises „Drogen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Roland Sauer (Stuttgart) Rauschgifttests für Autofahrer gefordert:**

In den Verkehrsunfallstatistiken werden seither die gefährlichen Auswirkungen von Rauschgift-, Medikamenten- und Beruhigungsmittelkonsum viel zu wenig oder gar nicht berücksichtigt. Selbstüberschätzung, Konzentrationsschwächen sowie Einschränkungen des räumlichen Sehens führen jedoch weitaus häufiger zu Fehlleistungen im Straßenverkehr als gemeinhin angenommen.

In Bayern wurden unlängst bei 17 Prozent auffällig gewordener Verkehrsteilnehmer Haschischabbauprodukte im Urin gefunden. Sieben Prozent der wegen Regelwidrigkeiten kontrollierten Autofahrer in Rheinland-Pfalz standen unter Rauschgifteinwirkung. Während Alkohol relativ schnell abgebaut wird, dauert es bei Cannabisprodukten fast eine Woche, bis auch nur die Hälfte der eingenommenen Dosis den Körper nicht mehr belastet.

Für den Rauschgiftnutzer selber ist seine eingeschränkte Leistungsfähigkeit nicht erkennbar. Reaktionsfähigkeit und Fahrverhalten werden aber auch durch Medikamente und Beruhigungsmittel erheblich beeinflusst. Die Dunkelziffer der unter ihrer Wirkung stehenden Unfallversacher ist besonders hoch. Notwendig sind daher Verkehrskontrollen, die nicht nur den Alkoholkonsum, sondern auch einen Rauschgift- und Medikamentenmißbrauch nachweisen können.

Drogen- und Arzneimitteldiagnostik, Gerätetechnik und drogenspezifische

Ausbildung der Polizisten vor Ort stecken jedoch noch immer in den Kinderschuhen. Daher muß ein umfassender Forschungsauftrag mit dem Ziel vergeben werden, diese Kontrolltests so schnell wie möglich einführen zu können. Wir dürfen uns nicht scheuen, hier Neuland zu betreten! Bereits vorhandene Laboreinrichtungen müssen so konstruiert werden, daß sie mobil eingesetzt werden können.

Der heutige Zeiteinsatz von mindestens zwei Stunden pro Testlauf muß entscheidend verkürzt werden. Verfahren für parallel ablaufende Mehrfachanalysen hinsichtlich verschiedener Rauschsubstanzen müssen entwickelt werden.

## Bei begründetem Verdacht

Ich fordere Bund und Länder auf, diesen Forschungsauftrag zu finanzieren und die gesetzlichen Grundlagen zum Einsatz der neuen Methoden bei begründetem Verdacht auf Rauschmittelmißbrauch zu schaffen.

Das Ziel sind Ermittlungsgruppen aus speziell geschulten Polizisten und in Suchtfragen ausgebildeten Ärzten. Diese Teams sollen über die neuen Meßgeräte verfügen und mit diesen Instrumenten dann in Kleintransportern schnell vor Ort sein können. Mit ihrer Hilfe würden unter Rauschmitteleinfluß stehende Verkehrsteilnehmer früher erkannt und würde eine größere Sicherheit auf den Straßen gewährleistet. Diskutiert werden müssen auch die notwendigen Sanktionen für Rauschmittelmißbrauch im Straßenverkehr.

Sobald die Wissenschaft Erkenntnisse über Obergrenzen bringt, die der Alkoholpromillezahl vergleichbar sind, sollten Alkohol- und Rauschmittelmißbrauch im Straßenverkehr gleichgesetzt werden. ■

# Energie- und Umweltpolitiker der CDU vereinbaren engere Zusammenarbeit

**Die Energie- und Umweltpolitiker der CDU haben eine engere Zusammenarbeit vereinbart. Gemeinsames Ziel ist es, einerseits den von der Bundesregierung in Rio erst vor kurzem bestätigten Abbau der deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen zu realisieren, andererseits aber dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Bundesrepublik nicht in Gefahr zu bringen.**

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Klaus Töpfer, und der stellvertretende Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Energie, Marcus Mattis, erklärten nach einer Sitzung des Ausschusses übereinstimmend, daß die Zusammenarbeit sich auch auf die geplante Neufassung des Energiewirtschaftsgesetzes erstrecken soll.

Bundesumweltminister Töpfer sieht die von der EG-Kommission vorgeschlagene Erhebung einer CO<sub>2</sub>- bzw. Energiesteuer als ein wichtiges Instrument zur Erreichung der von der Bundesregierung anvisierten CO<sub>2</sub>-Minderung an. Allerdings dürfe sie die deutsche Energiewirtschaft nicht einseitig belasten. Die Einführung einer derartigen Steuer müsse nicht nur europaweit erfolgen, sondern sie müsse mit Kompensationsmöglichkeiten verbunden werden, betonte er.

So sei daran gedacht, daß EG-Unternehmen, die beispielsweise in Osteuropa oder auch in Entwicklungsländern Investitionen zur Wirkungsgradverbesserung in Kraftwerken vornehmen, dies bei der Errechnung ihrer CO<sub>2</sub>- bzw. Energiesteuer angerechnet erhalten. Der stellvertretende Vorsitzende des CDU-Bundes-

fachausschusses Energie, Marcus Mattis, forderte, daß die von der Kommission in Brüssel vorgelegten Vorschläge zur Liberalisierung der europäischen Märkte für Gas und Strom eingehend überarbeitet werden müssen. Dies gelte vor allem für die Durchleitungspflicht.

Sie führe nicht zu der erhofften Verstärkung des Wettbewerbs zwischen den einzelnen Anbietern, sondern bevorzuge einseitig die in einigen Mitgliedstaaten bestehenden Staatsmonopole der Versor-

**Bundesumweltminister Töpfer und CDU-Bundesfachausschuß Energiepolitik wollen Zusammenarbeit auch auf geplante Neufassung des Energiewirtschaftsgesetzes erstrecken.**

gung, zum Beispiel in Frankreich. Im Endeffekt sieht Mattis die Gefahr, daß bisher von der deutschen Energiewirtschaft erbrachte Leistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Energieeinsparung künftig nicht mehr finanziert werden könnten.

Denn die von Brüssel gemachten Vorschläge würden beim Umweltschutz zu einer Harmonisierung auf niedrigem Niveau führen. „Dies aber lehnen auch die Energiepolitiker der Union strikt ab“, so Mattis.

Übereinstimmend weisen der Bundesumweltminister und der CDU-Bundesfachausschuß Energie auf den fehlenden



## Endlich grünes Licht für Einkommenshilfe

Der Vermittlungsausschuß hat in seiner Sitzung am 23. September 1992 die Anschlußregelung für den dreiprozentigen Mehrwertsteuer- ausgleich in der vom Bundestag am 24. Juni 1992 beschlossenen Fassung mehrheitlich bestätigt. Damit ist der Weg frei für die wichtige Einkommenshilfe zugunsten der deutschen Landwirte.

Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft und des Fördergesetzes kann nach der unnötigen Zeitverzögerung, die durch die Anrufung des Vermittlungsausschusses am 10. Juli 1992 verursacht wurde, in Kürze in Kraft treten. Bedauerlicherweise haben die SPD-regierten Bundesländer auch im Vermittlungsverfahren noch keine finanzielle Beteiligung in Aussicht gestellt. Im Interesse der Landwirte ist zu wünschen, daß diese Bundesländer doch noch über ihren Schatten springen und ergänzend zu den Bundesmitteln eigene Fördermittel bereitstellen. Die Taktiererei der SPD darf nicht auf dem Rücken der Landwirte ausgetragen werden.

**Egon Susset**, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Es wäre schlimm, wenn die Landwirte nur in den CDU-regierten Bundesländern und im CSU-regierten Bayern die

für die Existenzsicherung dringend notwendigen höheren Hilfen — beim zusätzlichen soziostrukturellen Einkommensausgleich 150 Mark/Hektar — erhielten, während sich die Landwirte in den SPD-regierten Bundesländern mit 89 Mark/Hektar abfinden müßten.

Die Einkommenshilfe kann an die Landwirte jetzt — wenn auch verspätet — ausgezahlt werden. Der Bund geht mit gutem Beispiel voran. Er trägt 1,43 Milliarden Mark, davon 1,04 Milliarden Mark für den aufgestockten soziostrukturellen Einkommensausgleich in den alten Bundesländern und 390 Millionen Mark für zusätzliche Anpassungshilfen in den neuen Bundesländern. Die CDU- bzw. CSU-regierten Bundesländer steuern umfangreiche Finanzmittel bei.

Wenn sich alle Länder konsequent verhielten, würden sie sich — wie im vergangenen Jahr beim Umsatzsteuer- ausgleich — mit 35 Prozent an der Finanzierung beteiligen. Bei voller Bereitstellung der möglichen Finanzmittel durch alle Bundesländer wären dies rund 770 Millionen Mark mehr für die deutsche Landwirtschaft. Dieses Vorgehen entspräche im übrigen der Mitfinanzierung beim bisherigen soziostrukturellen Einkommensausgleich, der seit 1989 zum Ausgleich für den weggefallenen Mehrwertsteuer- ausgleich in Höhe von zwei Prozent gezahlt wird.

Konsens in Fragen der Kernenergienutzung mit der SPD hin. Wer sich, wie beispielsweise die Bundesrepublik, anheischig mache, den Ländern Osteuropas bei der Nachbesserung ihrer veralteten Reaktoren zu helfen, könne nicht gleichzeitig den Betrieb der eigenen und sicheren

Kernkraftwerke aufgeben. Der von SPD und Grünen geforderte Ausstieg aus der Kernenergie beinhalte logischerweise gleichzeitig einen Ausstieg aus dem Bemühen, die internationalen Sicherheitsstandards der Kernkraftwerke in anderen Ländern anzuheben. ■

Generalsekretär Peter Hintze:

## Wohnraum muß bezahlbar bleiben

**Zu dem Appell von sieben Oberbürgermeistern deutscher Großstädte an Bundeskanzler Helmut Kohl, die Umwandlung von Eigentumswohnungen in Mietwohnungen zu erschweren, erklärte Generalsekretär Peter Hintze:**

Wohnraum muß auch für die Gering- und Durchschnittsverdiener bezahlbar bleiben. Die Entscheidung des gemeinsamen Senats der Obersten Gerichtshöfe des Bundes von Ende Juni, mit der die Umwandlung von Altbau Mietwohnungen in Eigentumswohnungen erleichtert wurde, darf nicht dazu führen, daß es im großstädtischen Bereich zu einer massiven Reduzierung des Angebots an bezahlbarem Wohnraum kommt. Da in Immobilienkreisen bereits von jährlich 200.000 Wohnungsumwandlungen gesprochen wird, muß der Gesetzgeber zum Schutz und im Interesse der Mieter reagieren. Dies bedeutet keine Abkehr von dem grundsätzlichen Ziel der CDU, möglichst vielen Bürgern den Erwerb von Woh-

nungseigentum zu ermöglichen. Angesichts der derzeit herrschenden Wohnungsknappheit vor allem in den Ballungsgebieten wäre es aber unverantwortlich, wenn die Politik tatenlos zusehen würde, wie die Mieten in die Höhe schnellen.

Ziel der CDU ist die Bereitstellung von zusätzlichem Wohnraum. Wir wollen, daß Wohnungsinvestitionen vorwiegend in den Neubau fließen. Nur auf diese Weise kann das Wohnungsangebot wesentlich vermehrt werden. Luxussanierungen verteuern dagegen lediglich das Wohnen, ohne daß das Angebot ausgedehnt wird. Die Befriedigung der gehobenen Wohnbedürfnisse von wohlhabenden Mitbürgern darf nicht zu Lasten des Normalbürgers erfolgen.

Es ist eine wichtige Aufgabe einer sozial ausgewogenen Wohnungspolitik, das Wohnen und den Erwerb von Wohnungseigentum für Familien mit Kindern und für die Gering- und Durchschnittsverdiener bezahlbar und finanzierbar zu halten.

### **Bundeskabinett beschließt Übergangsregelung für Behinderten-Werkstätten in den neuen Ländern**

**Das Bundeskabinett hat auf Vorschlag von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm eine Übergangsregelung für die Anerkennung von Werkstätten für Behinderte in den neuen Bundesländern über den 31. Dezember 1992 hinaus beschlossen.**

Die vom Kabinett beschlossene „Verordnung zur Änderung der Werkstät-

tenverordnung Schwerbehindertengesetz“ ermöglicht der Bundesanstalt für Arbeit, im Einvernehmen mit dem jeweiligen überörtlichen Träger der Sozialhilfe weiterhin auch solche Werkstätten vorübergehend anzuerkennen, die die in der Werkstättenverordnung festgelegten fachlichen Anforderungen noch nicht voll erfüllen.

## Wohnungs-Privatisierung in den neuen Ländern

# Reinvestitionsfähiger Erlös von über zwei Milliarden Mark möglich

Es ist erfreulich, daß auch bei den Politikern, die sich der großen Aufgabe der Privatisierung von Wohnungen in den neuen Bundesländern überwiegend mit ordnungspolitischen Ungeduldsgebärden zu nähern pflegten, zwischenzeitlich das Verständnis für die finanziellen, rechtlichen, planerischen und bautechnischen, aber auch psychologischen Schwierigkeiten gewachsen zu sein scheint.

Wer sich noch der bis vor kurzem üblichen Aufrufe erinnert, man brauche doch die Plattenbauten in Ostdeutschland nur kostenlos an die Mieter zu verscherbeln, um schnell Anschluß an die westdeutsche Wohneigentumsquote zu finden und nebenbei auch noch das Altschuldenproblem zugunsten des Bundes zu lösen, der wird jetzt den Realitätsgewinn in Möllemanns Thesenpapier dankbar begrüßen.

Die von ihm geforderte „solide Vorbereitung und Begleitung“ beschreiben genau die Privatisierungsstufe, die die Wohnungspolitiker der Union mit der Erprobung von Modellvorhaben zur Verbreiterung des Privatisierungs-know-how und der Gewährung von Kaufanreizen eingeleitet haben. Die Mehrheit der vor der Rückübertragung stehenden, noch kommunal verwalteten Altbau-Wohnungen aus ehemaligem Privatbesitz sind sowieso bereits privat.

Die weiteren Privatisierungsstufen müssen unter drei Aspekten gesehen werden: Es ist davon auszugehen, daß die zum Jahreswechsel terminierte weitere Heranführung der Mieten an die Kostenmiete

das Interesse der Mieter stärken wird, sich durch Kauf eines Hauses oder einer Wohnung gegen weitere Mietsteigerungen abzusichern. Allein der Verkauf der im kommunalen und genossenschaftlichen Besitz befindlichen Ein- und Zweifamilienhäusern mit ca. 230.000 Wohnungen ohne Rückgabeanspruch könnte zu einem reinvestitionsfähigen Erlös von über 2 Mrd. Mark führen. Die staatliche Förderung sollte hier nicht abgebrochen werden.

Die Verknüpfung des Privatisierungsauftrages mit der Investitionsfähigkeit der kommunalen Wohnungsunternehmen in Instandsetzung/Modernisierung wird nur dann gelingen, wenn Bund, Länder und Gemeinden jetzt den Einstieg in eine klare, die Basis für langfristige Investitionskalkulationen abgebende Lösung der sogenannten Altschulden auf dem Wohnungsbestand finden. Ich befürchte, daß eine bloße Verlängerung des zunächst bis Ende 1993 befristeten Moratoriums die Kredit- und Investitionsfähigkeit der Wohnungsgesellschaften nicht nachhaltig stärken würde.

Es muß der politische Wille zweifelsfrei werden, daß wer heute vom Verkaufserlös privatisierter Wohnungen die jeweilige Altschuldenlast abgetragen hat, nicht morgen der Dumme sein darf gegenüber den noch auf Streichung der Altschulden spekulierenden Unternehmen. Auf der anderen Seite darf keine Privatisierungsabsicht an einer besonders hohen Objektbelastung mit Altschulden scheitern.

**Dietmar Kansy**, wohnungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestags-

## Aus der ersten Reihe in die Pleite?

**Die Finanzlage der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten zwingt zu einer durchgreifenden Strukturreform.**

Der Geschäftsbericht des Hessischen Rundfunks, der für 1991 ein Defizit von 41 Millionen Mark ausweist, hat Rechnungshof und Rundfunkräte alarmiert. Dabei kann davon ausgegangen werden, daß die Finanzkrise um den Hessischen Rundfunk nur die Spitze eines Eisbergs darstellt.

Denn die Ursachen der Krise gelten auch für die anderen Anstalten der ARD. Auch wenn sich der Rückgang der Werbeeinnahmen einschneidend bemerkbar macht, darf nicht übersehen werden, daß es die ungehemmt expandierende Ausgabenpolitik der letzten Jahre ist, die die Sender zielsicher in die Pleite treibt.

Durch weitere und immer häufigere Griffe in die Tasche der Gebührenzahler soll diese Pleite aufgehalten werden. Dieses Finanzkonzept kann nicht fortgeführt werden!

**Gabriele Wiechatzek**, stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses Medien: Ich fordere die Landesrundfunkanstalt auf,

- die längst überfällige Strukturreform in Angriff zu nehmen, die beim Beitritt der neuen Länder fahrlässig versäumt wurde. Die Gestaltung der Rundfunklandschaft nach dem Prinzip „Jedem Land den eigenen Sender“ ist nicht mehr verantwortbar.

- zur Kooperation zwischen kleinen und großen Sendern. Die bisher bestehenden krassen Unterschiede zwischen großen „reichen“ und kleinen „armen“ Anstalten müssen endlich aufgehoben werden.

- sich wieder auf den Auftrag der Grundversorgung zurückzubedenken, denn dieser allein kann Richtlinie der Strukturreform sein.

- eine Vervielfachung der Kosten, die durch den Ausbau dritter Programme zu Vollprogrammen zwangsläufig entstehen, zu verhindern. Dieses gelingt nur, wenn sich die großen Fernsehanstalten auf ihr tragendes föderales Element, die Regionalberichterstattung, besinnen.

fraktion: Untersuchungen im Auftrag des Bundesbauministeriums wie des Berliner Bausenators haben uns in der Auffassung bestätigt, daß auch Teile der in Plattenbauweise errichteten Wohnungen für den Verkauf an Mieter geeignet sind. Dabei ist inzwischen unbestritten, daß vor Bildung von Teileigentum und Verkauf das Gemeinschaftseigentum instandgesetzt sein muß.

Offenbar sind jedoch über die bautechnischen Mängelbeseitigungen hinaus Pro-

bleme in der Praxis aufgetaucht, die mit der Gewährleistungs- und Prospekthaftung beim Verkauf und unserem komplizierten Wohnungseigentumsgesetz zusammenhängen. Es ist vorstellbar, daß hier genossenschaftliche (Zwischen-) Lösungen, für die dann auch die steuerlichen Vergünstigungen des selbstgenutzten Wohneigentums eingeräumt werden müßten, entwickelt werden ebenso wie eigenständige Förderprogramme für die Plattenwohnungen.

# Mehr Sicherheit für Schulbusse

Zur Neuregelung für die Sicherheit von Schulbussen erklärten der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, und der für Verkehrssicherheitsfragen zuständige Abgeordnete Wolfgang Börnsen (Bönstrup):

Schulbushaltestellen werden sicherer. Einstimmig hat jetzt der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages eine Neuregelung für Schulbusse gebilligt. Rotes Rundumlicht wird in Zukunft für Schulbusse obligatorisch wie auch eine Schaltung für blinkendes Fern- bzw. Abblendlicht. Wenn diese Lichter außerhalb geschlossener Ortschaften bei einem Schulbus aufleuchten, darf dieser nicht mehr überholt werden.

Das Licht gilt als optische Bremse. Hält der Schulbus, gilt ein Verbot des Vorbeifahrens in beiden Fahrrichtungen: Kinder können nun in Sicherheit die Straße überqueren. Der Schutz für sie wird eindeutig größer. Diese Erhöhung der Verkehrssicherheit ist ein Erfolg für die Kinder, ob aus Schule oder Kindergarten.

Seit längerer Zeit haben sich die Verkehrspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine solche Regelung eingesetzt. Auf eine Initiative Bayerns haben im Bundesrat inzwischen alle Länder dieser Neuregelung im Grundsatz zugestimmt.

Mit formaler Zustimmung des Bundesrates kann bereits 1993 mit der Umrüstung der Schulbusse auf Rotlicht und blinkendes Fern- bzw. Abblendlicht begonnen werden. Die damit verbundene Anhaltregelung wird versuchsweise zunächst außerhalb geschlossener Ortschaften eingeführt. Eine wissenschaftliche Begleitung ist vorgesehen. Sollte der Großversuch wie in den USA erfolgreich sein, wird auch eine Innerortsregelung in Aussicht genommen.

Die drastische Senkung von Schüler-Wegeunfällen im angelsächsischen Raum durch Anhaltregelungen und Ausrüstung der Schulbusse mit Rotlicht zeigt, daß dieses Verfahren richtig ist. Der Großversuch soll die Akzeptanz der anderen Verkehrsteilnehmer wecken. ■

## Jeder ostdeutsche Schulabgänger kann eine Lehrstelle erhalten

**Jeder ostdeutsche Jugendliche, der sich entsprechend darum bemüht, könne in diesem Herbst einen Ausbildungsplatz bekommen.**

Das versicherte Bundeskanzler Helmut Kohl vor Spitzenvertretern von Wirtschaft und Gewerkschaften bei der 13. „Kanzlerrunde“ seit Anfang 1990 über die wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland.

Der Kanzler zog auch eine positive Bilanz für die Investitionen in den neuen Ländern. Nach einer Umfrage des Münchner Ifo-Instituts würden sie in diesem Jahr 110 Milliarden DM erreichen und 1993 um 20 Prozent auf 135 Milliarden DM steigen.

„Wir müssen alles tun, um diese Tendenz weiter zu verstärken.“ Helmut Kohl bat auch um Unterstützung für die Gespräche über einen Solidarpakt.

## Wichtig für alle CDU-Verbände

### Zinsabschlagsteuer ab 1. Januar 1993

Zum 1. Januar 1993 wird das Zinsabschlaggesetz in Kraft treten. Es gelten dann folgende Regelungen:

- Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Wertpapieren und Einlagen bei Kreditinstituten (z. B. Sparbücher und Festgelder) werden kapitalertragssteuerpflichtig.

- Kapitalertragsteuerfrei bleiben Zinsen aus Girokonten, wenn der Zinssatz höchstens 1 Prozent beträgt, Zinsen aus Sparkonten, wenn der Jahreszins höchstens 20 DM beträgt, und Bausparzinsen, wenn der Sparer im Jahr der Gutschrift eine Arbeitnehmersparzulage erhält oder im Vorjahr eine Wohnungsbauprämie bekommt.

- Für politische Parteien können die Banken von der Einbehaltung der Zinsabschlagsteuer in vollem Umfang absehen, wenn den Banken rechtzeitig, d. h. zu Beginn des Jahres 1993, eine Nicht-Veranlagungs-Bescheinigung (NV-Bescheinigung) eingereicht wird.

- Die NV-Bescheinigungen sind von der jeweiligen Parteigliederung (z. B.

Kreis-, Stadtbezirks-, Stadt- und Gemeindeverbände) beim örtlich zuständigen Finanzamt in der erforderlichen Anzahl, d. h. für jede Bank, bei der ein Konto geführt wird, zu beantragen, da jede regionale Untergliederung der CDU als selbständiges Steuersubjekt zu betrachten ist.

- Eine allgemein gültige NV-Bescheinigung für die politischen Parteien auf der Bundesverbandsebene mit Wirkung für alle Untergliederungen lehnt das Bundesministerium der Finanzen aus verfahrensrechtlichen Gründen ab.

NV-Bescheinigungen sind in der Regel drei Jahre gültig, müssen also nach Ablauf dieses Zeitraumes erneut beantragt werden.

**Sollten Sie noch Fragen haben, so wenden Sie sich bitte an den Leiter der Verwaltungsabteilung der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Herrn Dieter Heuel, Tel. (02 28) 54 44 05.**

Die neuen NV-Bescheinigungen liegen den Finanzämtern erst Ende Oktober 1992 vor.

### Fast 300 Operationen im Bundeswehrkrankenhaus in Kambodscha

Im Bundeswehrkrankenhaus in Kambodscha sind im Rahmen der ersten deutschen UN-Mission seit Inbetriebnahme des Spitals im Juni fast 300 Operationen gemacht worden. 145 Bundeswehrangehörige, darunter 35 Ärzte und vier Frauen, leisten seit Mai 1992 im Rahmen der größten friedenserhaltenden Mission in der Geschichte der Vereinten Nationen Sanitätshilfe mit einem eigenen Krankenhaus in der kambodschanischen Hauptstadt Pnom Penh.

# Volle Unterstützung für Seehofer-Konzept

Anläßlich der Behandlung des Gesetzes zur Gesundheitsstrukturreform am 25. September im Bundesrat erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sozialpolitik der CDU, Hermann-Josef Arentz:

Der Bundesfachausschuß Sozialpolitik unterstützt nachdrücklich das Konzept von Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer, das darauf abzielt, mit Hilfe von sofort wirkenden Maßnahmen die Notbremse bei der Kostenentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung zu ziehen. Die Verabschiedung des Gesetzes ist dringend notwendig, damit nicht durch die beschleunigte Ausgabenentwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung das verfügbare Einkommen von Arbeitnehmern und von Rentnern geschmälert wird und damit sich nicht die Lohnnebenkosten erhöhen.

Der Bundesfachausschuß begrüßt es, daß auch strukturelle Maßnahmen vorgesehen sind, die mittelfristig Fehlentwicklungen im Gesundheitswesen korrigieren.

Eine wesentliche Voraussetzung der Reform ist ihre soziale Ausgewogenheit. Aus diesem Grunde unterstützt der Bundesfachausschuß Sozialpolitik nachhaltig das Bemühen des Gesundheitsministers, allen Versuchen der Anbieterlobby im Gesundheitswesen zu widerstehen und sie mit 8,3 Milliarden DM an der Reform zu beteiligen.

## Gegen Regionalisierung

Die Beteiligung aller Leistungserbringer von den Ärzten bis zu den Krankenhäusern, von den Zahnärzten bis zur Pharmaindustrie, ist unverzichtbar, wenn gleichzeitig Patienten zu einer höheren Eigenbeteiligung herangezogen werden.

Bei aller Notwendigkeit der Zustimmung der SPD-regierten Länder im Bundesrat warnt der Bundesfachausschuß Sozialpolitik nachdrücklich davor, die von den SPD-Ländern geforderte Regionalisierung der Krankenversicherung durchzuführen. Der Bundesfachausschuß befürchtet in diesem Fall starke soziale Ungleichgewichten und ein Gefälle in der Lebensqualität innerhalb Deutschlands. Es gilt Wege zu finden, die eine größere Chancengleichheit der Krankenkassen gewährleisten. ■

## Bürgertelefon zum Gesundheits-Strukturgesetz

**Ab 1. Oktober können Bürgerinnen und Bürger ihre Fragen zum Gesundheits-Strukturgesetz 1993 telefonisch an das Bundesministerium für Gesundheit richten.**

Der Anruf unter der Nummer

**01 30/62 82** ist kostenlos.

(In den neuen Ländern – bis auf Leipzig – muß die für den Wohnort gültige Auslandsvorwahl-Kennzahl 00, 000, 06 oder 0006 vorgewählt werden.)

„Falschmeldungen und Angstkampagnen haben viele Bürger verunsichert. Wir wollen für Klarstellung sorgen und sachlich darüber informieren, was sich in Zukunft ändert“, unterstreicht Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer.

Das Bürgertelefon wird zunächst bis zum 31. 12. 1992 eingerichtet. Es ist thematisch auf das Gesundheits-Strukturgesetz beschränkt.

Angela Merkel:

## Mit protestantischer Unruhe einmischen

**Angela Merkel ist die neue Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK). Die Delegierten des Bundesarbeitskreises wählten im Rahmen der 33. Bundestagung des EAK am 25. und 26. September 1992 in Wittenberg die Bundesministerin für Frauen und Jugend einstimmig zur Nachfolgerin von Peter Hintze, der nach seiner Berufung zum Generalsekretär dieses Amt aufgeben mußte.**

„Als Christen auf dem Weg in das geeinte Europa“ lautete das Motto der Tagung, die anlässlich des 40jährigen Jubiläums des EAK am Geburtsort der Reformation durchgeführt wurde. Den Auftakt bildete am Freitag das Theologische Abendgespräch. In der Stadtkirche St. Marien, der Predigtstätte Martin Luthers, diskutierten unter Leitung von Peter Hintze der katholische Bischof von Magdeburg, Leopold Nowak, und sein evangelischer Amtsbruder, Christoph Demke, sowie der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Werner Münch.

Übereinstimmend begrüßten die Bischöfe die Fortschritte, die bei der Einigung Europas bereits erzielt wurden. Beide warnten davor, den Osten Europas aus dem Blick zu verlieren. Bischof Nowak: „An der Oder-Neiße-Grenze darf keine neue Mauer entstehen, weder eine materielle, noch eine geistige.“

Am Samstag vormittag beschrieb die neue Vorsitzende die künftigen Schwerpunkte der Arbeit im EAK. An vorderster Stelle stand dabei die Vollendung der inneren Einheit als eine geistige Aufgabe: „Ich wünsche mir Tausende von

Gesprächskreisen, in denen sich Ost- und Westdeutsche begegnen und so zum besseren Verständnis beitragen. Für die Menschen hier in den neuen Ländern sind die Mechanismen der neuen Ordnung nicht leicht zu durchschauen. Es ist für sie oft schwer einzusehen, daß Demokratie und Soziale Marktwirtschaft nicht einfach alles sofort besser und leichter machen.“

Intensivieren will Angela Merkel die inhaltliche Arbeit im EAK: „Für evangelische Christen sehe ich die Aufgabe, immer wieder an die grundlegenden Werte unserer politischen und gesellschaftlichen Ordnung zu erinnern und mit den Menschen darüber zu sprechen. Wir müssen sagen, auf welcher Grund-

### Das offene Gespräch führen

lage wir handeln und welches Menschenbild uns leitet.“

Ein zentraler Punkt der Grundsatzrede der Bundesvorsitzenden war der notwendige Dialog zwischen Kirche und Politik. Sie wies auf die unterschiedlichen Erfahrungen der Kirchen in West- und Ostdeutschland hin. Die westlichen Kirchen haben den „Staat des Grundgesetzes“ als „Angebot und Aufgabe“ angenommen. In der ehemaligen DDR wurde die Formel von einer „Kirche im Sozialismus“ gefunden. Dieser schillernde Begriff ließ viele Interpretationen zu und erforderte einen permanenten Akt der Balance zwischen zuviel Distanz und zuviel Nähe zum Staat. Angela Merkel: „Wir müssen auch das offene Gespräch über die Rolle der Kirche in den vergangenen 40 Jahren führen. Denn wer jetzt die Vergangenheit



verdrängt, der ist auch nicht frei zur Gestaltung der Zukunft.“

Zu den wichtigsten Aufgaben der Zukunft zählte die EAK-Vorsitzende die Gestaltung des künftigen Europas. Eindrücklich appellierte sie an die Teilnehmer: „Europa ist nicht irgendeine Sache, Europa ist das große Angebot der Geschichte an uns alle. Nehmen wir die Chance wahr, dieses Europa aus christlicher Verantwortung heraus mitaufzubauen und mitzugestalten.“

Die Schaffung eines sozial gerechten und friedlichen Europas stand auch im Mittelpunkt der beiden Arbeitskreise am Vormittag. Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kirche diskutierten über das soziale Jahr für Jungen und Mädchen ebenso wie über neue Aufgaben des nordatlantischen Bündnisses.

Der langjährige EAK-Vorsitzende Albrecht Martin erinnerte in seinem Referat an die Gründung des EAK 1952 in Siegen. Er machte deutlich, daß die grundsätzlichen Fragen und Aufgaben sich unverändert stellen: „Als evangelische Christen sind wir zum Dienst an und in dieser Welt gerufen, gerade auch im politischen Bereich. Wir sind dabei zu größter Nüchternheit gerufen. Wir wissen, daß es weder in unserer Macht liegt noch unsere Aufgabe ist, die vollkommene Welt zu schaffen, ja wir sind mißtrauisch gegen alle solche Pläne. Das macht uns nicht mutlos, sondern gibt uns die Freiheit, heute das Mögliche zu tun.“

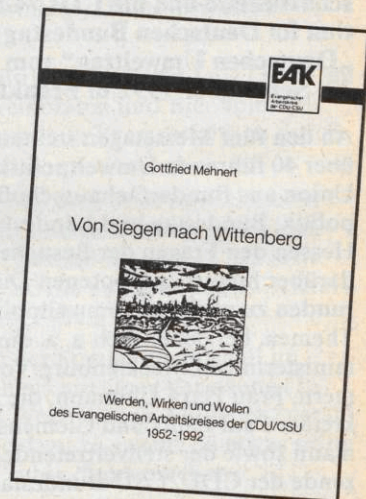
Die über 700 Teilnehmer verfolgten aufmerksam und engagiert Redebeiträge und Diskussionen. Begeistert empfingen sie am Nachmittag Bundeskanzler Helmut Kohl, auf den sie fast 2 Stunden gewartet hatten, weil sich seine Anreise wegen Nebels verzögerte.

Mit Nachdruck unterstrich der Bundeskanzler in seiner Rede, daß sich die Union ihrer christlichen Verantwortung

stelle. Wie zuvor Angela Merkel betonte er die Notwendigkeit des Dialogs mit den Kirchen. „Der EAK hat sich von Anfang an der Aufgabe gestellt, den Dialog zwischen der Union und der evangelischen Kirche zu fördern. Auch in Zukunft werden wir angewiesen sein auf diesen wichtigen Beitrag von evangelischen Christen in der CDU und in der CSU.“

Helmut Kohl appellierte an die Kirchen, den Menschen auf der Suche nach dem

„40  
Jahre  
EAK“  
Zu be-  
stellen  
beim:  
EAK der  
CDU/CSU,  
Konrad-  
Adenauer-  
Haus,  
5300 Bonn,  
(0228)  
544-302



Sinn ihres Daseins Orientierung zu geben. Auf dem Weg zu einem geeinten und versöhnten Europa sei der Beitrag der Christen unentbehrlich: „Unser ‚Ja‘ zu Europa ist zugleich eine Absage an jegliche Form von Chauvinismus und Nationalismus. Zu Recht empfinden wir es heute als absurd, daß in vielen europäischen Bruderkriegen jede Nation davon überzeugt war, ein Gott wohlgefälliges Werk zu vollbringen.“

In ihrem Schlußwort versprach Angela Merkel: „Als EAK werden wir uns in dieser Zeit der Veränderungen in die geistige Auseinandersetzung mit protestantischer Unruhe einmischen und unseren Beitrag leisten, um den Menschen Orientierung zu geben.“

# Positive Resonanz am Messestand der CDU

**auf dem „Deutschen Umwelttag“  
vom 18. bis 22. September 1992 in Frankfurt/Main**

**Bereit, einen offenen Dialog mit allen demokratischen Gruppen in der Umweltbewegung zu führen, präsentierten sich die CDU-Bundesgeschäftsstelle und die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag auf dem „Deutschen Umwelttag“ vom 18. bis 22. September 1992 in Frankfurt.**

An den fünf Messetagen stellten sich über 40 führende Umweltpolitiker der Union aus Bundesfachausschuß Umweltpolitik, Bundestag und Landesverband Hessen den Fragen der Besucher. Die darüber hinaus angebotenen Diskussionsrunden zu wichtigen umweltpolitischen Themen, bei denen sich u. a. die Umweltministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Frau Petra Uhlmann, die Staatssekretäre Paul Laufs und Clemens Stroetmann sowie der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Johannes Gerster dem interessierten Publikum stellten, bildeten einen weiten Anziehungspunkt für die Besucher.

Insgesamt stieß das Angebot des Messestandes, auf dem insbesondere mit umfassenden Dokumentationen zu allen wichtigen Fragen der Umweltpolitik die Ziele der CDU verdeutlicht wurden, auf rege Nachfrage. Besonderer Informationsbe-

darf zeigte sich bei den meisten Besuchern vor allem bei Fragen zur Umweltsituation und Politik in den neuen Bundesländern sowie in der Abfall- und Müllproblematik.

Nicht zuletzt wurde den verschiedenen Besuchern in zahlreichen Einzelgesprächen verdeutlicht, daß im Mittelpunkt der Umweltpolitik der CDU der Aufbau einer sozialen und ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft steht. Neben dem reinen Informationsangebot wurden vor allen Dingen jüngere Messegäste durch ein „Glücksrad“ spielerisch an die Umweltthematik und die wichtigsten Aussagen der Union herangeführt.

Der Entschluß von Bundespartei und Bundestagsfraktion, sich am „Deutschen Umwelttag“ zu beteiligen, ist insgesamt ein erfolgreicher Schritt gewesen, um breite Schichten der Umweltbewegung über die Schwerpunkte unserer Politik zu informieren. Einer zum Teil der CDU gegenüber kritisch eingestellten Klientel wurde dabei verdeutlicht, daß 10 Jahre Regierungszeit von Helmut Kohl gerade auch in der Umweltpolitik Deutschland weiter vorangebracht haben und sich die Union mit diesen Erfolgen sehen lassen kann.

## Neuansiedlung von Spielhallen erschwert

Die Veränderungen der Baunutzungsverordnung haben nach Auffassung der Bundesregierung „die Neuansiedlungen von Spielhallen gerade in attraktiven Lagen“ der Städte deutlich erschwert. Vielfach sei aber ein Ausweichen auf Randlagen und Gewerbebetriebe festgestellt worden. Das geht aus dem Bericht der Regierung über die Auswirkungen der Änderung der Spielverordnung hervor.

## Aktionsbeispiele aus den CDU-Verbänden

### Familienfest in Beeskow

# Ein voller Erfolg

Mit großem Vergnügen haben sich die Kinder von etwa 250 Teilnehmern an Kutsch- und Geländewagenfahrten, in einer Springburg und im Puppentheater amüsiert.

Um 12 Uhr bei bestem Sonnenschein begann an einem Samstag Ende August ein Familienfest, zu dem die CDU des Bundeswahlkreises 279 (Frankfurt/Oder — Eisenhüttenstadt — Beeskow) nach Beeskow eingeladen hatte.

Ab 10 Uhr diskutierten im Rahmen eines politischen Frühschoppens Berlins Regierender Bürgermeister, Eberhard Diepgen, der CDU-Bundestagsabgeordnete Ulrich Junghanns sowie Abgeordnete des brandenburgischen Landtags über das Thema Berlin-Brandenburg.

Danach standen die leichteren Dinge des Lebens im Mittelpunkt der Publikums-

gunst. Besonders gespannt verfolgten die Besucher, die zum Teil aus den Nachbarkreisen angereist waren, die auf der Modenschau der Beeskower Mittelstandsvereinigung präsentierte Herbstmode.

Bei einem Öko-Quiz, das nicht nur die Jüngeren ins Grübeln brachte, gab es Euro-Schirme und Euro-T-Shirts zu gewinnen.

Das Gut Birkholz bewirtete die Gäste mit Wildschweinbraten und Bier vom Faß und veranstaltete Kremserfahrten durch die Stadt.

Die Organisatoren des Festes konnten mit Verlauf und Besucherzahlen zufrieden sein. „Besonders, weil es das erste Mal war“, so die amtierende CDU-Kreisvorsitzende, Sylvia Engel.

Erst recht der Sommernachtsball im Schützenhaus mit einer Verlosung (1. Preis: ein Wochenende in München) veranlaßte viele dazu zu sagen: So etwas sollte die CDU ruhig öfters machen.



Eine der ganz großen Attraktionen: Kosmetikbehandlung, die auch gleich zu (ge)sichtbaren Erfolgen führte.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

## Zehn Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl

**Seit 1. Oktober 1982 ist Helmut Kohl Bundeskanzler.**

Zehn Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl haben uns dazu angeregt, zur Erinnerung und als Geschenk

eine Medaille herauszugeben.

In Feinsilber 999, Spiegelglanzprägung, 40 mm Durchmesser, 23 Gramm, kostet das Exemplar einschließlich Etui und Mehrwertsteuer 80,— DM. Dazu kommen Porto- und Versandkosten.

Die Medaille ist zum Preis von 23,80 DM einschließlich Etui und Mehrwertsteuer (zuzüglich Porto-

und Versandkosten) auch in einer Bronze-Ausführung lieferbar. Der Durchmesser beträgt in dieser Version 50 mm.

Bestellungen richten Sie bitte an die Union Betriebs-GmbH oder direkt an deren Betriebsbereich:

Bonner Werbe-GmbH  
Postfach 15 05  
Konrad-Adenauer-Haus  
5300 Bonn 1



# UID

29/1992

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe, Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.